

Der Vorderpfälzer

Rundbrief der SPD-Unterbezirke Vorderpfalz und Speyer



Aktive Genossinnen und Genossen



Die SPD „Mittendrin“



Unterbezirkskonferenz

Inhalt

■ Energiekonzept RLP

Eckpunkte.....	2
Stellungnahme der SPD-Regionalverbandsfraktion zum Thema	3

■ Unterbezirk

Unterbezirkskonferenz mit Hendrik Hering in Hessheim	4
Besuch aus Pensa	5

■ Landtagsfraktion

Salatessen	6
Wahlkreisbüro Mundenheim	7
Infofahrten nach Mainz	7

■ Ortsvereine und Arbeitsgemeinschaften in der SPD

Bürgerhof Ludwigshafen	8
Kinderfest	10
Jazz-Frühshoppen	10
Sommertagsumzug	11
Aktion „Saubere Stadt“	11
Baumpflanzung	11
AfA gegen Politikverdrossenheit	12
Dabei sein ist alles	12
Die SPD „Mittendrin“	13
Waldfestsaion eröffnet	14
Verschdeggeldes	14

■ Öffentlichkeitsarbeit

gelungene Beispiele	15
---------------------------	----

■ Gedenken an den 8. Mai 45

Rede von Dr. Klaus-Jürgen Becker	16
--	----

■ Infoseiten

Mitglieder, Ortsvereine, Abgeordnete und was ihr sonst noch über unseren Unterbezirk wissen müsst	18
---	----

■ Veranstaltungen, Termine

mit Fahrten und Reisen	20
Impressum	20

Liebe Genossinnen und Genossen, die Landtagswahl ist überstanden. Das Ergebnis ist zwar nicht gerade berauschend, aber es hat uns wenigstens nicht aus der Landesregierung gekippt. Trotz zum Teil schlimmer Stimmenverluste und rot-grüner Koalition bleibt die SPD in Rheinland-Pfalz bestimmende Kraft und Kurt Beck Ministerpräsident.



Die fünf Mandate aus den beiden Unterbezirken Vorderpfalz und Speyer konnten erhalten bleiben, wenn auch nur die beiden Großstadt-Wahlkreise direkt gewonnen wurden. Und – wir sind alle fünf im Landtag und in der Landtagsfraktion gut positioniert, was auch bedeutet, dass wir alle in wichtige Ämter gewählt wurden.

Hannelore Klamm bleibt Vizepräsidentin des Landtages, **Anke Simon** wurde Verbraucherschutz-politische Sprecherin, **Friederike Ebli** ist Vorsitzende des Innenausschusses, **Martin Haller** medienpolitischer Sprecher, und ich selbst erhielt erneut das Vertrauen als stellvertretender Vorsitzender der Fraktion. Das ist Verpflichtung für uns alle, denn nach der Wahl ist bekanntlich auch vor der Wahl.

Aber zunächst möchte ich allen, die sich vor dem 27. März für uns und unsere SPD ins Zeug gelegt haben, sehr herzlich danken. Vielerorts war die Partei sehr aktiv. Deshalb habe ich auch mit einem besseren Ergebnis gerechnet. Wir wollen aber nicht verzagen. Die Atomfrage wird im nächsten Wahlkampf nicht mehr in dieser Weise die Grünen beflügeln. Die SPD – so hoffe ich – wird nicht mehr solche lästigen Fehler machen wie bei der Finanzierung des Nürburgrings. Vielmehr werden wir noch deutlicher machen müssen, dass wir die Partei der sozialen Gerechtigkeit und für gute Arbeit sind.

Wenn wir weiterhin vor Ort politisch präsent und aktiv bleiben, haben wir wieder bessere Aussichten. Die Menschen müssen spüren, dass sie sich auf uns verlassen können.

Das wird sich hoffentlich im September 2013 zeigen. Dann steht nämlich die Bundestagswahl an und die Chance in Berlin wieder mitzuregieren. Dafür wünsche ich mir einen ähnlichen und gelegentlich noch stärkeren Einsatz als dieses Mal.

Zunächst aber steht die Ferienzeit ins Haus. Viele haben sich eine Auszeit verdient und nötig. Ich wünsche Euch und Euren Familien einen schönen, erholsamen Urlaub, der allen Euren Vorstellungen gerecht wird und freue mich auf ein Wiedersehen nach der Sommerpause im August.

Herzlich Euer

Günther Ramsauer

Günther Ramsauer
Unterbezirksvorsitzender Vorderpfalz

26.06.–17.07.2011
Fußball-WM
in Deutschland

ENERGIEKONSENS FÜR RHEINLAND-PFALZ - sozial gerecht und ökonomisch erfolgreich



Eckpunkte der Rede des Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion, Hendrik Hering, anlässlich der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten.

Damit die Energiewende gelingt, zählen Glaubwürdigkeit und Orientierung, die die Politik in elementaren Fragen wie der Energieversorgung der Zukunft vorgeben muss.

Nach dem Herbst der Fehl-Entscheidungen ist die Bundesregierung zu einem Frühjahr der Korrekturen gezwungen. Das von Schwarz-Gelb beschlossene „Energiepaket“ ist nicht die Einleitung der Energiewende, sondern das Eingeständnis schwarz-gelber Irrwege.

Schwarz-Gelb gesteht ein:

Wir haben den gesellschaftlichen Konsens zum Ausstieg aus der Atomenergie von Rot-Grün unnötig aufgekündigt.

Schwarz-Gelb gesteht ein:

Wir haben den Menschen jahrelang die Unwahrheit über die Stromversorgung erzählt und große Ängste geschürt: Es gibt keine Stromlücke in Deutschland. Deutschland ist heute schon Nettostromexporteur – auch ohne Kernkraft gibt es keine Energie-

lücke in diesem Land.

Schwarz-Gelb gesteht ein:

Wir haben zehn Jahre lang blockiert und notwendige Schritte hin zu erneuerbaren Energien verhindert.

Die CDU in Rheinland-Pfalz wandelt auf ähnlichen Irrwegen:

Auch sie hat zur Frage nach der Energieversorgung der Zukunft kein Konzept vorgelegt.

■ Unser Energiekonsens für Rheinland-Pfalz

Je mehr unnötiger Energieverbrauch durch Effizienzsteigerung eingespart wird, desto schneller und bezahlbarer erreichen wir ein vollständig erneuerbares, risikoarmes Energiesystem.

■ Unsere Vision zur Effizienzrevolution

Die Energie der Zukunft wird CO₂- und atomfrei, sicher und bezahlbar sein. Die Mobilität wird nachhaltig sein, und nicht mehr auf Öl, sondern auf alternativen Antriebsstoffen und –techniken basieren. Häuser werden in Zukunft mehr Energie produzieren als sie verbrauchen und zu kleinen Kraftwerken werden.

Wir brauchen durchgreifende neue Rahmenbedingungen, eine bunte Landschaft von Energieproduzenten, förderliche Anreizstrukturen und verlässliche energiepolitische Langfristprogramme, die einen robusten technologischen Korridor zur Energiewende und mehr Investitionssicherheit aufzeigen. Hier sind wir gefragt: die Politik und die Zivilgesellschaft. Setzen wir uns an die Spitze der Effizienzrevolution.

Eine solche konkrete Vision kann Rheinland-Pfalz beflügeln.

Daher habe ich vergangene Woche Diskussionspunkte für einen „Energiekonsens für Rheinland-Pfalz“ vorgelegt. Gemeinsam mit den Menschen und den Kommunen wollen wir bis Ende des Jahres ein Konzept entwickeln, wie wir gemeinsam – „von unten“ gleichermaßen wie auf Landesebene – diese Energiewende für Rheinland-Pfalz schaffen.

■ Stärkung der dezentralen Energieerzeugung – Weg mit dem Strommonopol

Durch Stärkung dezentraler Energieerzeugung wollen wir die Kommunen stärken. Sie haben seit je her die flexibelste und dezentralste Versorgung der Menschen mit Strom ermöglicht. Die Kommunen waren schon einmal Ideengeber für sichere Energie. Dieser Rolle wurden sie von den großen Energieversorgern beraubt. Das Strommonopol hat zu teuren und dauernd steigenden Preisen geführt und verhindert die Steigerung von erneuerbaren Energien.

Kurzfristiges Aktionärsinteresse und eingefahrenes Denken zielen vorwiegend darauf, steigende Gewinne nicht durch Effizienztechnik und Verlängerung der Wertschöpfungskette zum Kunden, sondern durch vermehrten Absatz von Energie zu erzielen. Das ist der falsche Weg. Das Strommonopol muss weg. So schnell wie möglich.

Die SPD wird in Rheinland-Pfalz dafür sorgen, dass auch ohne Strommonopol Versorgungssicherheit gewährleistet, Energie bezahlbar und der Industriestandort wettbewerbsfähig bleibt.

■ Rheinland-Pfalz auf dem Weg zur Effizienzrevolution

Durch eine Effizienzrevolution gepaart mit Perspektiven für Technologieexporte für die rheinland-pfälzische Wirtschaft, für unseren Mittelstand, der Weltmarktführer in vielen Berei-

chen der Umwelttechnik – nein, der Zukunftstechnik – werden kann, gelingen uns neue Marktchancen für Betriebe und für mehr Beschäftigung. Energieeffizientes Wirtschaften ermöglicht bezahlbare Energie für alle, hohe regionale Wertschöpfung für die

Kommunen, Wachstum und Beschäftigung für unseren Mittelstand. Dies umzusetzen ist somit eine wichtige – vielleicht sogar die entscheidende – soziale Frage im 21. Jahrhundert.

SPD-REGIONALVERBANDSFRAKTION FORDERT: Flächen für Windkraftanlagen ausweiten !

Die SPD-Regionalverbandsfraktion fordert sinnvolle Umsetzung der Koalitionsvereinbarungen im Regionalplan.

„Die Windenergie ist eine der wichtigsten Energiequellen für die notwendige Energiewende. Windkraftanlagen stellen einen wesentlichen regionalen Beitrag zum Klimaschutz und zur Energieversorgung dar. Auch in Binnenregionen tragen Windkraftanlagen entscheidend zum Ziel einer nachhaltigen dezentralen Stromwirtschaft bei.“ So Dr. Hannes Kopf (Bild) für die SPD-Fraktion im Verband Region Rhein-Neckar bei der jüngsten Sitzung des Planungsausschusses der Metropolregion im Ratssaal des Mannheimer Stadthauses. Die bisherige eher restriktive Rechtslage muss nach Ansicht der SPD-Fraktion im Verband Region Rhein-Neckar (VRRN) durch

politische und raumplanerische Entscheidungen korrigiert werden. Vorrangig sind hierbei die technischen Möglichkeiten des sog. Repowerings, also des Ausbaus und der Ertüchtigung bestehender Anlagen, zu nutzen. Dem Bau weiterer Windkraftanlagen an bestehenden Standorten ist der Vorzug vor der Ausweisung neuer Areale zu geben. Sollten weitere Standorte zugelassen werden, haben bei der Auswahl „vorbelastete“ Standorte - z. B. Strom- und Verkehrsstraßen - Priorität. Mit dem Beschluss des Planungsausschusses zur „regionalbedeutsamen Windenergienutzung“ wird nun der Startschuss für weitere Diskussionen in dieser Richtung gegeben. Der momentane Anhörungsentwurf markiert, so Dr. Kopf, nur einen Zwischenstand; weitere Flächen für die Windkraftnutzung müssen

noch hinzukommen. Dr. Kopf macht jedoch auch deutlich, dass es hierbei auf eine sinnvolle Steuerung ankommt. „Es darf nicht zu einer unkoordinierten Freigabe unserer Landschaft für Windkraftanlagen kommen“. So kann sich beispielsweise Ralf Eisenhower, stellv. Vorsitzender der Mannheimer SPD-Fraktion, durchaus vorstellen, dass auf der Konversionsfläche der „Coleman Barracks“ ein Windpark entstehen könnte. „Dies wäre ein sinnvolles Konversionsprojekt“, so Stadtrat Eisenhower.

In jedem Falle jedoch ist es eine große Herausforderung für die Metropolregion, die in den ROT-GRÜNEN Koalitionsverträgen von Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz formulierten Ziele zu erreichen. Dort wird für Baden-Württemberg gefordert, dass bis zum Jahre 2020 10% des Stroms aus Windenergienutzung kommen soll, was nur über eine massive Ausweisung weiterer Vorranggebiete zu erreichen sein wird. Ähnlich die Situation in Rheinland-Pfalz: Dort ist im Koalitionsvertrag festgeschrieben, dass 2% der Landesfläche als Vorrangfläche für Windkraftanlagen auszuweisen sind; derzeit sind dies gerade einmal 0,46% im linksrheinischen Teil der Metropolregion.



ENGAGIERTE DISKUSSION ZUR PARTEIREFORM Unterbezirkskonferenz am 9. Juni 2011 in Hessheim



Ortsbürgermeister Karl Neunreither begrüßte die Delegierten der Unterbezirkskonferenz und stellte seinen Ort Hessheim kurz vor.

Nachdem die Konferenz sich formal konstituiert hatte, gab Günther Ramsauer einen Überblick über die aktuelle politische Situation im Lande und die derzeit aktuelle Parteireform, die auch anschließenden unter den Teilnehmern kontrovers diskutiert wurde. *Wenn Ihr euch an der Diskussion beteiligen wollt - unter www.ub-vorderpfalz.de*

gibt es im Internet einige Dokumente und Stellungnahmen hierzu.

Der SPD Fraktionsvorsitzende im Landtag Hendrik Hering, MdL, gab einen Überblick über die Vereinbarungen im Koalitionsvertrag, die Zukunft des OLG Koblenz, die Situation der Lehrer/innen und anderen Fragen. In der Aussprache meldeten sich einige Delegierte zu Wort, lobten und kritisierten einzelne politische Entscheidungen in der Vergangenheit und zum Koalitionsvertrag.

Der nachfolgende Antrag des UB Vorstandes Vorderpfalz wurde mehrheitlich bei 2 Gegenstimmen und 5 Enthaltungen beschlossen:

Sollte der Unterbezirk Speyer beim Landesvorstand einen Antrag auf Zusammenschluss mit dem Unterbezirk Vorderpfalz stellen, so wird der Unterbezirk Vorderpfalz ebenfalls einen Antrag auf Fusion der beiden genannten Gliederungen stellen.

Einstimmig beschlossen wurde nachstehende Resolution (Kasten) zur Unterstützung der Belegschaft der KBA Frankenthal.



■ Resolution der SPD Vorderpfalz zum KBA-Arbeitskampf

Die SPD Unterbezirkskonferenz Vorderpfalz erklärt sich mit den streikenden Belegschaft des KBA – Werkes in Frankenthal solidarisch. Sie unterstützt den Kampf um die Arbeits- und Ausbildungsplätze des Werkes in Frankenthal.

Wir appellieren an den Vorstand der KBA AG, ein Zukunftssicherndes, tragfähiges Konzept für den Fortbestand des Unternehmensstandortes in Frankenthal vorzulegen.

INTERESSIERT AN DEUTSCHEM KNOW-HOW

Bundestagsabgeordnete Doris Barnett freut sich über reges Interesse der Gäste aus dem russischen Pensa

„Ludwigshafens Vorzeigeprojekte sind nicht nur für deutsche Regionen interessant, sondern erst recht für Staaten, die noch einiges aufzuholen haben. In Russland spielte lange Zeit das Thema ‚Energie‘ keine Rolle. Aber mittlerweile weiß man dort sehr wohl um den Preis, sowohl ökonomisch als auch ökologisch. Deshalb waren die ausführlichen Erläuterungen in Sachen ‚Energetisches Bauen und Sanieren‘ von großem Interesse für den Gouverneur Wasilij Botschkajow, für den Oberbürgermeister der 500.000-Einwohnerstadt Pensa, Roman Tschernow, und die 8 weiteren Delegationsmitglieder, die am 21.06.2011 Ludwigshafen besuchten. Die Informationen der LUWOWE Consult ließ sie den Taschenrechner zücken. Da die Zinsen in Russland für derartige Investitionen bei ca. 13 % liegen, zeigt sich eine Rentabilität erst viel später als bei uns. Die russischen Gäste bedauerten es sehr, dass es für solche Maßnahmen in ihrem Land keine ‚KfW-Kredite‘ gibt. Das wird sich ändern müssen, weil auch in Russland langsam ein Umdenken in Sachen Energie einsetzt. Auch wenn die Atomkraft derzeit nicht zur Disposition steht, wird gleichzeitig der Weg in erneuerbare Energien gegangen.

Dazu gehört auch, dass die Abfallwirtschaft überdacht wird. Große Deponien gasen riesige Mengen von Methangas aus, das über 20 Mal gefährlicher ist für unsere Atmosphäre als CO₂. Bei der GML (Müllverbrennung), den WBL (Wirtschaftsbetriebe der Stadt Ludwigshafen), den TWL und der Deponie in Friedelsheim konnten die weitgereisten Gäste erfahren, wie mit - gut sortiertem - Abfall Rohstoffe recycelt, Strom und Dampf erzeugt werden

kann. Methangase sind in Deutschland eigentlich kein Thema mehr, erfuhren die Gäste. Hier wird das Gas abgesaugt und verbrannt und daraus Strom und Dampf gemacht. Alleine die Deponie in Friedelsheim kann aus dem abgesaugten Methangas einen 600-Einwohner-Ort mit Strom versorgen, was die russischen Gäste wieder zum Nachrechnen brachte.

Am liebsten hätten sie unsere Experten eingepackt und mitgenommen. Das ist ein Kompliment für unsere Stadt und unsere Unternehmen. Jetzt

haben wir die Chance, in der relativ kleinen und übersichtlichen Region Pate und Partner zu sein für eine Entwicklung, die zum Modell für das ganze Land werden könnte“, erklärte Barnett abschließend.

Der Oblast Pensa hat rund 1,5 Mio. Einwohner. Zu den wichtigsten Wirtschaftszweigen zählen der Maschinenbau, die Holzverarbeitung und die Textilindustrie
(Info und Bilder Wikipedia)



ZUSAMMENSTEHEN IN DER EHEC-KRISE Gemeinsames Salatessen der SPD-Landtagsfraktion

Die SPD-Landtagsfraktion macht sich stark für Salat und Gemüse aus Rheinland-Pfalz.

Durch die EHEC-Krise haben auch heimische Produkte unverschuldet einen massiven Imageschaden erlitten. Die SPD-Landtagsfraktion organisierte deshalb nach ihrer Fraktionssitzung in Kooperation mit dem Pfalzmarkt in Mutterstadt einen gemeinsamen Mittagsimbiss mit selbst zubereiteten Salat, Tomaten und Gemüse aus der Pfalz.

Das gemeinsame Essen fand am Mittwoch, dem 22. Juni 2011, um 12.00 Uhr, im Innenhof des Abgeordneten-gebäudes in Mainz statt.

Der Fraktionsvorsitzende Hendrik Hering, MdL, eröffnete den Mittagsimbiss zusammen mit dem landwirtschaftspolitischen Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Thorsten Wehner, MdL, und Hannelore Klamm, SPD-Landtagsabgeordnete aus Mutterstadt.



Mit dieser Aktion wollte die SPD-Landtagsabgeordneten erreichen, dass wieder mehr Menschen nach der EHEC-Krise zu Salat und Gemüse greifen. Die Abgeordneten gingen mit dieser Aktion mit gutem Beispiel voran. Aktuell hat sich die Absatzsituation leicht entspannt, aber es besteht weiter Kaufzurückhaltung. Der durch

EHEC verursachte Image-Verlust der Landwirtschaft muss schnell wieder ins Positive umgekehrt werden.

Die SPD im Land hat frühzeitig auf die wirtschaftlichen Ausfälle für die Pfälzer Gemüsebauern hingewiesen und war beim Pfalzmarkt vor Ort, um sich über die Situation der Landwirte zu informieren.

Mitglieder der SPD-Landtagsfraktion im Pfalzmarkt



TAG DER OFFENEN TÜR

Anke Simon eröffnet Wahlkreisbüro

Viele Besucher kamen am Freitag dem 10. Juni 2011 zum „Tag der offenen Tür“ in das neu eröffnete Wahlkreisbüro der Landtagsabgeordneten Anke Simon in die Oberstraße 15a - „mittendrin“ im Ludwigshafener Stadtteil Mundenheim.

Anke Simon freute sich über die große Resonanz und darüber, unter den zahlreichen Gästen auch Geschäftsleute aus Mundenheim, einen Vertreter des Stadtvorstandes, den Vorsitzenden des Gewerbevereins, viele Mitglieder von Vereinen und Organisationen in Mundenheim, einen Ortsvorsteher und nicht zuletzt zahlreiche Genossinnen und Genossen aus den SPD-Ortsvereinen, von den Jusos und der Stadtratsfraktion begrüßen zu können.

Das Wahlkreisbüro ist auch wegen seiner Lage und der neuen Ausstat-



tung ein Anlaufpunkt für Bürgerinnen und Bürger zu Fragen und Anliegen bezüglich der rheinland-pfälzischen Landespolitik.

Mitarbeiterin Uschi Herzberger-Ünal ist montags bis donnerstags, 8.00–15.00 Uhr und freitags, 8.00–14.00 Uhr dort anzutreffen.

BÜRGER/INNEN IN MAINZ

Infofahrten mit euren Abgeordneten in den Landtag



Auf Einladung von Friederike Ebli war eine Gruppe von Bürgern aus dem Landtagswahlkreis 38 im Mai zu Besuch in Mainz.

Alle, die Interesse an einer Fahrt nach Mainz haben um dort den Landtag und dessen Arbeitsweise bei einer Tagesfahrt kennenzulernen, können sich mit den Wahlkreisbüros unserer Landtagsabgeordneten (in Klammer die Ansprechpartnerinnen in den Büros) Martin Haller (Magali Leidig-Petermann), Anke Simon (Uschi Herzberger-Ünal), Günther Ramsauer (Jutta Hahn), Hannelore Klamm (Julia Troubal) und Friederike Ebli (Silvia Nebel) in Verbindung setzen. **Kontakte: Seite 17/18**